

die ZEIT, 26.02.2022  
Angriff auf die Ukraine

## **Ministerium entwirft Krisenplan zur Erdgasversorgung**

Bisher galt Erdgas in der Energiewende als sichere Brückenenergie. Russlands Aggression zwingt die Bundesregierung zu einer Neubewertung, wie ein internes Papier zeigt.

Von Tilman Steffen

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine wird die Forderung laut, Russland im Rahmen der EU-Sanktionen vom internationalen Zahlungssystem Swift auszuschließen. Durch diese besonders harte Sanktion lägen sofort auch die Zahlungen für den Gasexport Russlands brach. Deutschland müsste wohl die dann möglicherweise ausbleibenden russischen Lieferungen aus anderer Quelle kompensieren oder seine Energieversorgung umstellen.

Eine Projektgruppe aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat dazu diese Woche einen Maßnahmenplan entworfen, der Irrtümer Deutschlands hinsichtlich der Versorgung mit fossiler Energie aus Russland einräumt und zugleich Auswege aufzeigt. Das Dokument ist ein Entwurf und bildet einen Zwischenstand ab. Es soll in einen Plan münden, den Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) in wenigen Wochen präsentieren will.

Deutschland deckt 55 Prozent seines Gasbedarfs aus Russland. Die Autoren des zehn Seiten langen Papiers konstatieren, "die aktuelle geopolitische Krise macht klar": Die starke Abhängigkeit Deutschlands von dem überwiegend aus Russland importierten Erdgas "macht unser Land und unsere Wirtschaft verletzlich". Das unmittelbar am Tag vor dem militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine verfasste Dokument bewertet die Rolle von russischem Erdgas weitgehend

"Bisher" sei Erdgas eine "sichere und kostengünstige Brücke" hin zur angestrebten klimaneutralen Energieversorgung gewesen. Die im Gegensatz zu Kohlekraftwerken relativ flexibel zu- und abschaltbaren Gaskraftwerke schließen die Wärme- und Stromlücke zu sonnen- und windarmen Tageszeiten. Weiter heißt es, die "aktuelle Energiepreiskrise" und die "geopolitischen Unsicherheiten" erforderten nun eine Neubewertung von Erdgas als Brückenenergie.

Das Großhandelsniveau bei Strom ist den Angaben des Ministeriums nach binnen eines Jahres um zehn Cent pro Kilowattstunde gestiegen, bei Gas um sechs Cent. Kurzfristige Maßnahmen könnten die Preise drücken, aber auch mittelfristig seien hohe Energiepreise zu erwarten – auch wegen "geopolitischer Abhängigkeiten".

Eigene LNG-Terminals und Vorgaben für Speicher

Als Reaktion auf "die Erdgaskrise" zeigt das ZEIT ONLINE vorliegende Papier zwei Wege auf: die Erdgasversorgung einerseits auf eine größere Zahl von Lieferanten umstellen ("Diversifizierung") und andererseits den Verbrauch senken.

Bundesenergieminister Habeck will zunächst die in Deutschland vorhandenen Gasspeicher stärker füllen. Im vergangenen November waren die Gasreservoirs der Energieversorger nur zu 70 Prozent gefüllt statt wie normalerweise bei Winterbeginn zu 90 Prozent. Derzeit beträgt der Füllstand noch 31 Prozent.

Ein "Gesetz zur Einführung von Füllstandsvorgaben für Erdgasspeicher" solle die Versorgung sichern, geht aus dem Krisenplan hervor. Denn bisher entscheiden die Betreiber der deutschen Gasspeicher, darunter der russische Staatskonzern Gazprom, nach eigenem Ermessen, wie viel Gas sie in den Pufferspeichern lassen.

Zudem planen Habecks Fachleute, den Neubau eigener Hafenterminals zu fördern, über die Deutschland per Schiff importiertes verflüssigtes Erdgas (LNG) ins Leitungsnetz einspeisen kann. Die nächstgelegenen LNG-Terminals liegen in Häfen in Belgien und den Niederlanden.

Viele einzelne Maßnahmen sollen Abhängigkeit vom Gas senken

Flickenteppich an Einsparpotenzialen

Der zweite Teil des ministerialen Krisenpapiers listet Einsparpotenziale auf. Zudem beschreibt es, wie sich alternative Energieträger schneller etablieren könnten. Schon bekannt war, dass beim Neubau von Gebäuden ab 2025 der sogenannte KfW-40-Standard gelten soll – die Fassaden danach errichteter Gebäude sind etwa besonders stark gedämmt und haben stärker isolierende Fenster. Schon ab kommendem Jahr soll der etwas weniger energieeffiziente Baustandard KfW 55 zur Pflicht werden. Zudem will Habecks Projektgruppe:

- ab 2023 einen "Ausschluss der Erdgasverbrennung in neuen Gebäuden" – die dann also CO<sub>2</sub>-neutral oder gar CO<sub>2</sub>-frei beheizt werden müssten. Derzeit ist der Gebäudesektor für die Hälfte des deutschen Erdgasverbrauches verantwortlich – das betrifft Heizung und Warmwasser.
- Wärmepumpen stärker begünstigen – also Anlagen, die Wärmeenergie aus dem Erdreich oder der Umgebungsluft ziehen. Hier sollen Umlagen und Netzentgelte wegfallen oder stark reduziert werden. Für Großwärmepumpen ist eine Betriebskostenförderung im Gespräch.
- Erdwärme generell stärker als bisher nutzen. Die Pläne sind hier noch unkonkret – das Papier listet eine "nationale Explorationskampagne" als neue Maßnahme auf. Investoren sollen zudem gegen die Risiken bei der Suche und beim Bohren nach solcher Erdwärme abgesichert werden.
- Eine "Abwärmeoffensive" soll Energie nutzen, die bisher über Schornsteine oder durch andere Verlustwege verloren ging. Für neue energietechnische Anlagen soll die Abwärmenutzung zur Pflicht werden.
- Weiterhin ist eine Reihe von Anreizen, Boni und Umstiegsprämien für den Wechsel von Energieträgern und das Energiesparen in Gebäuden aufgeführt, darunter für das energietechnische Sanieren. Reine Gaskessel sollen aus der finanziellen Förderung ausgeschlossen werden. Erwähnt ist in dem Papier neben der Förderung von ökologisch erzeugtem Wasserstoff auch ein "Importterminal für grünen Ammoniak":

Die chemische Verbindung von Stickstoff und Wasserstoff kann etwa fossile Kraftstoffe im Verkehr ersetzen.

### Biogas und Wasserstoff statt Erdgas

Darüber hinaus listet das Dokument viele bereits bekannten Maßnahmen der Energiewende auf, die zum großen Teil auch im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien verankert sind: etwa die Solardachpflicht bei größeren Dachsanierungen. Auch soll verstärkt aus Abfällen erzeugtes Biogas das bisherige Erdgas in Kraftwerken ersetzen. Ab 2025 soll jede neu gebaute Heizanlage zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden.

Weiterhin sollen die vor der Bundestagswahl ursprünglich schon für 2022 angekündigten besonderen steuerlichen Abschreibungen für Investitionen in Energieeffizienz erstmals 2023 greifen. Auch indem die Bundesregierung zusätzliche Flächen für Windräder ausweist und Planungsverfahren verkürzt, will sie die Abhängigkeit von Erdgas verringern.

Die Vergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sollen so justiert und verfeinert werden, dass Gas als Energieträger möglichst nur noch in Bedarfsspitzenzeiten zum Einsatz kommt. In die Regelungen des Gesetzes soll auch der Probebetrieb von Wasserstoffkraftwerken aufgenommen werden. Der umweltfreundliche Wasserstoff wird durch Elektrolyse gewonnen: Indem Wasser unter Strom gesetzt wird, spaltet es sich in Wasserstoff und Sauerstoff auf. Sofern dafür Wind- oder Sonnenstrom verwendet wird, ist Wasserstoffenergie voll und ganz ökologisch, denn bei der Verbrennung entsteht nur der Ausgangsstoff: Wasser.